



F/V
- S/G A
Der Herr ...



AB

Beschluss(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Abgeordneten Dr. Fritz AICHINGER, Mag. Alexander NEUHUBER und Mag^a. Barbara FELDMANN, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 27.1.2012 zu Post 2 der Tagesordnung,

betreffend notwendige Budgetkonsolidierung

Die Verankerung strikter Budgetdisziplin ist für die finanzielle Glaubwürdigkeit eines Staates zentral. Nur Staaten mit soliden Staatsfinanzen können auf Dauer ihre staatlichen Aufgaben im erforderlichen Ausmaß finanzieren und damit auch tatsächlich wahrnehmen und den Wohlfahrtsstaat erhalten.

Die Schuldenquote des Bundes wurde von 1970 bis 1999 von 12,5 auf 59,2 % fast verfünffacht. Von 2000 bis 2007 konnte dieser Berg auf 53,8 % abgebaut werden. Durch die Finanzkrise war ab 2008 wieder ein erheblicher Anstieg der Schulden auf 62,1 % zu verzeichnen, für 2011 ist bereits eine Schuldenquote von 71,3 % zu verzeichnen. Die laufenden jährlichen Zinszahlungen pro Jahr übersteigen die 8 Milliarden Euro Marke und binden enorme Budgetmittel, die für Zukunftsinvestitionen ausgegeben werden könnten. Alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte müssen sukzessive in gemeinsamer Anstrengung daran arbeiten, den Schuldenberg nicht weiter anwachsen zu lassen. Es ist ein unsoziales Damoklesschwert, den nächsten Generationen einen Schuldenrucksack zu hinterlassen. Die Erhaltung des Massenwohlstands muss das Ziel der budgetpolitischen Anstrengungen sein.

Zur Erreichung dieses Ziels muss aber eine richtige Analyse der Budgetsituation Voraussetzung sein. Österreich hat ein Ausgabenproblem und kein Einnahmenproblem. Es ist angezeigt, primär ausgabenseitig sparen: das Wirtschaftswachstum darf dabei nicht negativ beeinträchtigt werden, Arbeitsplätze nicht gefährdet, die Inflation nicht angeheizt, Investitionen nicht gedämpft werden. Vor allem darf der Mittelstand nicht weiter belastet werden, denn der zahlt bereits jetzt die meisten Steuern und trägt die österreichische Wirtschaft und den heimischen Wohlstand. Auch die Familien sollen nicht weiter belastet, die Familienförderungen nicht gekürzt werden. Angesetzt werden muss dort, wo Ineffizienz besteht: bei teilweise uferlosen bzw. nicht mehr in dem Ausmaß rechtfertigenden Förderungen in nicht mehr zeitgemäße Strukturen bzw. staatliche Betriebe (z.B. ÖBB), in der Verwaltung, bei mehrgleisigen Förderungen generell, im Gesundheitswesen, etc. In diesen Bereichen muss die Ausgabenentwicklung massiv gebremst werden, und dafür bei den Zukunftsbereichen Forschung, Innovation, Bildung und Wissenschaft mit Offensivmaßnahmen positiv angesetzt werden.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Beschluss(Resolutions-)antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich angesichts des hohen Schuldenstandes Österreichs (Bund, Länder und Gemeinden) und der damit einhergehenden exorbitant hohen Zinszahlungen des

Staates, welche enorm hohe Budgetmittel, welche für Zukunftsinvestitionen vorgesehen werden könnten, binden, für die dringend notwendige Budgetkonsolidierung aus.

Bei der anzustrebenden Budgetkonsolidierung sollte angesichts der hohen Einsparungspotenziale bei den Ausgabenstrukturen und der bereits bestehenden hohen Abgabenquote in Österreich der Schwerpunkt deutlich auf ausgabenseitigen Maßnahmen gelegt werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 27.1.2012

Manfred. Schickling
B. K.